

**Univ.-Prof. Dr. Ute Mons**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Krebsforschungszentrum,  
Heidelberg

Marga und Walter Boll-Stiftungsprofessur für Kardiovaskuläre Epidemiologie  
des Alterns an der Universität zu Köln

Heidelberg, 04. September 2020

## **Stellungnahme zur Drucksache 19/18978**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zum Ziel, die EU-Tabaksteuerrichtlinie 2011/64/EU zu einer Steuerrichtlinie für Rauch- und Dampfprodukte weiterentwickeln und ist damit grundsätzlich zu begrüßen. Im Folgenden wird zu den einzelnen in Drucksache 19/18978 vorgebrachten Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen einzeln Stellung genommen.

***Zur Forderung, die EU-Tabaksteuerrichtlinie 2011/64/EU schnellstmöglich zu einer Steuerrichtlinie für Rauch- und Dampfprodukte weiterzuentwickeln, sodass auch tabakfreie sowie nikotinhaltige und nikotinfreie Rauch- und Dampfprodukte wie die Liquids für E-Zigaretten oder künftige Rauch- und Dampfproduktentwicklungen durch Schaffung neuer Steuerkategorien mit einer Steuer jenseits der Umsatzsteuer belegt werden können***

Aktuell geben die EU-Rechtsvorschriften im Rahmen der Tabaksteuerrichtlinie 2011/64/EU harmonisierte Mindeststeuersätze für Zigaretten, Zigarren/Zigarillos, Feinschnitttabak und sonstigen Rauchtobak vor [1]. Da die Richtlinie aktuellen Marktentwicklungen nicht gerecht wird, wird auch in einem aktuellen von der EU-Kommission in Auftrag gegebenem Evaluationsbericht empfohlen, eine Anpassung der Richtlinie an die aktuellen Marktentwicklungen vorzunehmen und ein harmonisiertes Steuerregime für E-Zigaretten und Tabakerhitzer zu gewährleisten [2]. Da viele EU-Mitgliedsstaaten bereits eine Besteuerung von E-Zigaretten und Tabakerhitzern eingeführt haben, besteht die Notwendigkeit, hier eine EU-weite Harmonisierung voranzubringen. Bei Preisdifferenzialen zwischen EU-Mitgliedsstaaten sind in nicht unerheblichem Ausmaß grenzüberschreitende Käufe zu erwarten, wie sie auch bei Tabakprodukten insbesondere in Grenzregionen beobachtet werden [3]; diese können durch eine weitergehende Harmonisierung eingedämmt werden.

Tabakerhitzer werden in Deutschland derzeit wie Pfeifentabak besteuert – in den Absatzdaten kann daher nicht zwischen Pfeifentabak für herkömmliche Tabakpfeifen, Pfeifentabak für Wasserpfeifen und Tabakerhitzer-Tabak unterschieden werden. Der Absatz von E-Zigaretten, die derzeit nur mit der Umsatzsteuer belegt sind, kann überhaupt nicht über Steuerdaten erfasst werden. Die Schaffung eigener Steuerkategorien für Tabakerhitzer und E-Zigaretten würde ein Monitoring des Absatzes der Produkte ermöglichen und somit eine wichtige Datengrundlage für zukünftige Anpassungen und Weiterentwicklungen der Richtlinie liefern.

Dass auch E-Zigaretten bzw. Liquids mit einer spezifischen Steuer belegt werden sollten, ist aus Public-Health-Perspektive zu empfehlen. Eine Besteuerung deutlich über den Mehrwertsteuersatz hinaus würde zu einer Verteuerung der Produkte führen und diese daher insbesondere für jugendliche Nichtraucher und Nichtraucherinnen unattraktiver machen [4,5]. Dass Preissteigerungen mit einem

reduzierten Konsum der Produkte einhergehen [6] und sich insbesondere auch auf den Konsum unter Jugendlichen auswirken, ist bereits empirisch nachgewiesen [7].

Im Rahmen der Konferenz der Vertragsparteien der WHO-FCTC in Delhi 2016 (COP7) wurde ein Papier der WHO verabschiedet, das eine Besteuerung von E-Zigaretten als eine Strategie zur Regulierung der Produkte aufführt [5,8]. Hinsichtlich Tabakerhitzern wurde auf der Konferenz der Vertragsparteien der WHO-FCTC in Genf 2018 (COP8) die Entscheidung verabschiedet, dass Tabakerhitzer als Tabakprodukte den Regularien der FCTC unterfallen [9]; dementsprechend sind auch Artikel 6 der WHO-FCTC [10] und die dazugehörigen Leitlinien [11], die eine Besteuerung aller Tabakprodukte empfehlen, auf Tabakerhitzer anwendbar.

***Zur Forderung, dass sich die jeweiligen Steuersätze in der neuen Steuerrichtlinie für Rauch- und Dampfprodukte an der Schadstoffbelastung der jeweiligen Rauch- und Dampfprodukte für KonsumentInnen orientieren sollte, die in unabhängigen Studien festgestellt worden sind, und entsprechend neue Steuerkategorien gebildet werden, beispielsweise für „Heat-not-burn“-Produkte.***

Das Aerosol von E-Zigaretten enthält Schadstoffe und es ist davon auszugehen, dass der Konsum mit Gesundheitsrisiken einhergeht, und zwar unabhängig davon, ob die Produkte Nikotin enthalten [12,13]. Im Vergleich zu konventionellen Zigaretten ist die Schadstoffbelastung unter sachgemäßen Gebrauchsbedingungen jedoch deutlich niedriger [12,13]. Auch wenn Langzeitstudien fehlen, kann daher nach derzeitigem Wissensstand davon ausgegangen werden, dass E-Zigaretten im Vergleich zu konventionellen Zigaretten sehr wahrscheinlich mit einer geringeren Schädlichkeit einhergehen, auch wenn das Ausmaß der Schadensreduzierung derzeit nicht bekannt ist [5,12-15]. Bei Tabakerhitzern ist die Schadstoffbelastung im Vergleich zu konventionellen Zigaretten ebenfalls reduziert, wobei noch ungeklärt ist, inwieweit sich die Reduktion an Schadstoffen auch in reduzierte Gesundheitsrisiken übersetzen lässt [16-18].

Aus der Perspektive der Public Health ist grundsätzlich eine auch an gesundheitlichen Zielen ausgerichtete Tabakbesteuerung erforderlich, da diese erwiesenermaßen geeignet ist, zu einer effektiven Reduktion des Tabakkonsums und der damit verbundenen Krankheitslast und Kosten beizutragen [19,20]. Die Besteuerung sollte zudem kohärent sein, d.h. vergleichbare Produkte sollten gleich besteuert werden, um unerwünschte Ausweichreaktionen zu verhindern [11,20]. Umgekehrt ergibt sich daraus jedoch auch, dass der Umstieg von extrem schädlichen Produkten auf weniger schädliche Produkte unterstützt werden kann, indem man eine unterschiedlich hohe Besteuerung vorsieht [6,21].

Da E-Zigaretten und Tabakerhitzer weniger Schadstoffe enthalten als Tabakrauch, können sie für Raucher und Raucherinnen eine potentiell weniger schädliche Alternative zu Rauchtabakprodukten darstellen [5,12-15,17]. Da die Produkte aber dennoch Gesundheitsrisiken mit sich bringen, sind sie – ebenso wie konventionelle Tabakprodukte – insbesondere für jugendliche Nichtraucher und Nichtraucherinnen nicht geeignet und auch Raucher und Raucherinnen, die auf E-Zigaretten umsteigen, sollten motiviert werden, auf lange Sicht den E-Zigarettenkonsum zu reduzieren oder zu beenden. Um den Schaden für die Gesundheit der Bevölkerung zu minimieren und den Nutzen insgesamt zu maximieren, könnte ein an Public-Health-Zielen ausgerichtetes Tabaksteuerregime hinsichtlich des Konsums von Tabakprodukten und E-Zigaretten folgende gesundheitliche Ziele

verfolgen:

- Verhinderung des Einstiegs in den Konsum
- Senkung des Konsums durch Förderung von Konsumreduktion oder Ausstieg aus dem Konsum
- Verhinderung der Substitution mit vergleichbar schädlichen Produkten (z.B. Feinschnitt statt Fabrikzigaretten) und des Umstiegs auf schädlichere Produkte (z.B. von E-Zigaretten auf Tabakzigaretten)
- Erleichterung des Umstiegs auf weniger schädliche Produkte (z.B. von Tabakzigaretten auf E-Zigaretten)

Hinsichtlich der Besteuerung von E-Zigaretten und Tabakzigaretten ist insofern zu empfehlen, dass diese Produkte so besteuert werden, dass sie nicht zu Preisen angeboten werden, die sie für Jugendliche attraktiv machen [4,5,13,21]. Gleichzeitig ist es aus Public-Health-Perspektive sinnvoll, die Besteuerung so zu gestalten, dass sie Rauchern und Raucherinnen einen Anreiz bietet, auf die weniger schädlichen Produkte umzusteigen [6,21,22]. Dies setzt allerdings voraus, dass die Hersteller eine geringere Besteuerung auch in Form von entsprechend niedrigeren Preisen an die Konsumierenden weitergeben. Bei Tabakerhitzern ist dies derzeit in Deutschland nicht der Fall – die Tabaksticks der aktuell erhältlichen Tabakerhitzer Iqos und glo werden trotz der geringen Besteuerung mit dem Pfeifentabaksteuersatz zu vergleichbar hohen Preisen wie herkömmliche Zigaretten angeboten.

Die Weltbank und WHO empfehlen ein Preisdifferenzial zwischen konventionellen Zigaretten und E-Zigaretten, um Transitionen vom E-Zigarettenkonsum in den Zigarettenkonsum zu verhindern [4,5]. Auch für dual Konsumierende, die sowohl Tabak- als auch E-Zigaretten verwenden, könnte ein Preisdifferenzial einen Anreiz geben, weniger Tabakzigaretten zu konsumieren [21]. Von einer zu starken Steuerbelastung auf E-Zigaretten ist allerdings abzuraten – ökonomische Analysen aus den USA belegen, dass eine hohe Besteuerung auf E-Zigaretten zwar den Konsum von E-Zigaretten reduziert, aber gleichzeitig zu einem höheren Konsum von konventionellen Zigaretten führt [23-25] – aus Public-Health-Perspektive ein Effekt, der unbedingt vermieden werden sollte.

Die Weltbank empfiehlt zur Maximierung des Effekts auf Zigarettenkonsum unter Jugendlichen außerdem, sowohl Liquids als auch Geräte zu besteuern [4]. Um die Wirkung der Besteuerung als Jugendschutzmaßnahme zu verstärken, könnten insbesondere die Produkte, die für Jugendliche besonders attraktiv sind, wie beispielsweise Einwegprodukte oder Pod-Systeme, mit höheren Steuern belegt werden [7]. Von der Berücksichtigung des Nikotingehalts bei der Festlegung der Steuerhöhe rät die Weltbank hingegen ab [4]. Dies lässt sich zum einen damit begründen, dass der Nikotingehalt nach aktuellem Wissensstand keinen Einfluss auf das Gefährdungspotenzial der Produkte hat. Zum anderen könnte ein finanzieller Anreiz zum Konsum von Produkten mit niedrigem Nikotingehalt aufgrund von kompensatorischem Konsumverhalten die unerwünschte Wirkung haben, dass infolge von vermehrtem Konsum und intensiverer Inhalation insgesamt höhere Schadstoffgehalte inhaliert werden (analog der Problematik mit den sogenannten „Light“-Zigaretten).

Zeitgleich zur Einführung einer spezifischen Steuer auf E-Zigaretten und einer Steuererhöhung für Tabakerhitzer sollten unbedingt die Steuern für herkömmliche Tabakprodukte, insbesondere für Zigaretten und Feinschnitttabak deutlich erhöht werden, um Jugendlichen den Einstieg in den Tabakkonsum zu erschweren und Raucher zum Ausstieg zu motivieren [4,5]. Darüber hinaus ist eine Angleichung der Steuersätze für Zigaretten und Feinschnitttabak notwendig. Auch eine höhere

Besteuerung von Wasserpfeifentabak, der aktuell wie Pfeifentabak besteuert ist und insbesondere für junge Menschen attraktiv ist, ist notwendig.

*Zur Forderung, dass eine unabhängige Langzeitstudie in Auftrag zu geben sei, in der die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen neuer Tabak- und Rauchprodukte in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie die Lenkungswirkung der Dampf- und Rauchbesteuerung und die Entwicklung des Rauchverhaltens, insbesondere von Minderjährigen und jungen Erwachsenen, im internationalen Vergleich untersucht werden.*

Insoweit neue Produkte bei der Überarbeitung der EU-Tabaksteuerrichtlinie berücksichtigt und mit einer Mindeststeuer belegt werden, ist eine Evaluation der erwünschten und unerwünschten Auswirkungen der Besteuerungsstrategie unbedingt zu empfehlen. Eine solche Evaluationsstudie kann eine solide Datenbasis hinsichtlich solcher Entwicklungen liefern, die sodann bei zukünftigen Anpassungen der Richtlinie berücksichtigt werden können.

Angesichts des Fehlens von Langzeitstudien zu neuen Tabak- und Nikotinprodukten ist außerdem die Bereitstellung von Mitteln für die Forschung zu begrüßen, zumal zum einen bislang eine Vielzahl der Studien zu E-Zigaretten aus dem US-amerikanischen Raum stammen, wo weniger strikte Regulierungsmaßnahmen gelten als in der EU, und weil zum anderen eine Vielzahl der Studien zu Tabakerhitzern nicht unabhängig sind, da sie von den Herstellern selbst durchgeführt oder finanziert werden. Hierbei sollte der Schwerpunkt insbesondere auf die Untersuchung und Quantifizierung des Potentials der Produkte zur Schadensreduktion gelegt werden, da hier der größte Forschungsbedarf und zugleich hohe Public-Health-Relevanz besteht.

## Generelle Anmerkungen zur Besteuerung von Tabakprodukten

Die Besteuerung von Tabakprodukten ist eine der Kernstrategien des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO-FCTC) [10,11]. Während Tabakkonsum mit erheblichen Kosten für Gesundheitswesen und Volkswirtschaft einhergeht, tragen Tabaksteuern zum einen zu einer Senkung des Konsums und somit langfristig auch der Folgekosten bei, und beteiligen zum anderen die Hersteller an den Folgekosten des Rauchens [11,26,27].

Doch auch wenn Tabaksteuern als das wirksamste Tabakkontrollinstrument gelten [19,20,27], und Studien auch für Deutschland deren immenses Potential zur Senkung der tabakbedingten Krankheitslast verdeutlicht haben [28,29], standen bei der Gestaltung der Tabaksteuern bislang in der Regel vor allem fiskalische Ziele im Vordergrund – gesundheitspolitische Ziele hatten allenfalls eine nachgeordnete Bedeutung. Entsprechend wird dieses wichtige Instrument zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland seit Jahren unzureichend genutzt, obwohl es geeignet ist, drei zentrale vorteilhafte Effekte zu erzielen:

- **Tabaksteuererhöhungen senken den Tabakkonsum bei steigenden Tabaksteuereinnahmen**  
Spürbare Tabaksteuererhöhungen, die mit einem deutlichen Preisanstieg einhergehen, senken den Tabakkonsum. Gleichzeitig steigen die Steuereinnahmen trotz des sinkenden Konsums [10,11].

- **Tabaksteuerhöhungen sind bei Jugendlichen besonders wirksam**  
Jugendliche, denen meist wenig Geld zur Verfügung steht und die entsprechend preissensibel sind, reagieren zwei- bis dreimal stärker auf Steuer- und Preiserhöhungen als Erwachsene [27].
- **Tabaksteuererhöhungen können gesundheitliche Ungleichheit reduzieren**  
Personen mit geringerem Einkommen reagieren sensibler auf Preiserhöhungen und reduzieren ihren Tabakkonsum entsprechend stärker [29]. Da der Tabakkonsum bei Personen mit niedrigerem Sozialstatus besonders häufig ist und infolgedessen auch gesundheitliche Folgeschäden häufiger auftreten, haben Tabaksteuererhöhungen das Potential, gesundheitliche Ungleichheiten zu verringern.

Aus Public-Health-Perspektive sind insbesondere die folgenden, aus den Leitlinien der WHO-FCTC abgeleiteten Empfehlungen zentral bei der Gestaltung einer Besteuerung auf Tabakprodukte [11]:

- **Es ist eine langfristig und an gesundheitlichen Zielen ausgelegte Besteuerungsstrategie für Tabakprodukte erforderlich**  
Damit Tabaksteuern effektiv den Tabakkonsum und die damit verbundenen Folgeerkrankungen senken, müssen sie so gestaltet sein, dass sie die Erschwinglichkeit der Produkte deutlich reduzieren; neben der Preiselastizität müssen daher auch Entwicklungen der Inflation und der Haushaltseinkommen berücksichtigt werden. Mit einer langfristigen Tabaksteuerstrategie, die regelmäßige zielgerichtete Tabaksteuererhöhungen und -anpassungen umfasst, kann sichergestellt werden, dass sowohl gesundheitliche als auch fiskalische Ziele erreicht werden.
- **Es ist eine umfassende und kohärente Besteuerungsstrategie für Tabakprodukte erforderlich**  
Preisdifferenziale zwischen vergleichbaren Rauchtobakprodukten führen zu Ausweichreaktionen der Konsumierenden auf das billigere Produkt. Beispielsweise ist in Deutschland Feinschnitt geringer besteuert als Fabrikzigaretten, was entsprechende Preisunterschiede zur Folge hat und zu Ausweichreaktionen führt, welche die Wirkung von Tabaksteuererhöhungen reduzieren. Daher sollten vergleichbare Rauchtobakprodukte auch in vergleichbarer Höhe besteuert werden. Zudem sollten für unterschiedliche Produkte auch unterschiedliche Steuerkategorien geschaffen werden, um ein Monitoring des Absatzes und eventueller Ausweichreaktionen zu ermöglichen.
- **Tabaksteuereinnahmen sollten zur Finanzierung von Tabakprävention genutzt werden**  
Tabaksteuereinnahmen sollten für Maßnahmen verwendet werden, die eine Reduktion des Tabakkonsums und seiner Folgen zum Ziel haben. So könnte man einen Prozentsatz der Gesamtsteuereinnahmen oder – analog zum Alkopopsteuergesetz – Netto-Mehreinnahmen durch Tabaksteuererhöhungen verwenden, um Maßnahmen der Tabakprävention und -entwöhnung zu finanzieren. Sinnvoll wäre der Aufbau eines Präventionsfonds, aus dem Entwöhnungsprogramme, Aufklärungskampagnen, wissenschaftliche Studien und weitere Tabakkontrollprojekte gefördert werden.

## Literatur

- [1] Rat der Europäischen Union (2011) Richtlinie 2011/64/EU des Rates vom 21. Juni 2011 über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren. Amtsblatt der Europäischen Union, L 176/24–L176/36
- [2] European Commission (2020) Evaluation of the Council Directive 2011/64/EU of 21 June 2011 on the structure and rates of excise duty applied to manufactured tobacco. Commission Staff Working Document. [https://ec.europa.eu/taxation\\_customs/sites/taxation/files/10-02-2020-tobacco-taxation-report.pdf](https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/10-02-2020-tobacco-taxation-report.pdf)
- [3] Driezen P, Thompson ME, Fong GT, Demjén T, Tountas Y, Trofor AC, Przewoźniak K, Zatoński WA, Fernández E, Mons U, Vardavas CI, EUREST-PLUS Consortium (2019) Cross-border purchasing of cigarettes among smokers in Six Countries of the EUREST-PLUS ITC Europe Surveys. Tobacco Induced Diseases 16: A13
- [4] World Bank Group (2019) E-cigarettes: use and taxation. WBG Global Tobacco Control Program Team. Working Note. <http://documents.worldbank.org/curated/en/356561555100066200/pdf/E-Cigarettes-Use-and-Taxation.pdf>
- [5] World Health Organization (2016) Electronic Nicotine Delivery Systems and Electronic Non-Nicotine Delivery Systems (ENDS/ENNDS). Document FCTC/COP/7/11 [https://www.who.int/fctc/cop/cop7/FCTC\\_COP\\_7\\_11\\_EN.pdf](https://www.who.int/fctc/cop/cop7/FCTC_COP_7_11_EN.pdf)
- [6] Stoklosa M, Drope J, Chaloupka FJ (2016) Prices and E-Cigarette Demand: Evidence From the European Union. Nicotine Tobacco Research 18: 1973-1980
- [7] Pesko MF, Huang J, Johnston LD, Chaloupka FJ (2018) E-cigarette price sensitivity among middle- and high-school students: evidence from monitoring the future. Addiction 113: 896-906
- [8] Conference of the Parties to the WHO Framework Convention on Tobacco Control (2016). Decision FCTC/COP7(9) Electronic nicotine delivery systems and electronic non-nicotine delivery systems. [https://www.who.int/fctc/cop/cop7/FCTC\\_COP7\\_9\\_EN.pdf](https://www.who.int/fctc/cop/cop7/FCTC_COP7_9_EN.pdf)
- [9] Conference of the Parties to the WHO Framework Convention on Tobacco Control (2018). Decision FCTC/COP8(22). Novel and emerging tobacco products. [https://www.who.int/fctc/cop/sessions/cop8/FCTC\\_COP8\(22\).pdf](https://www.who.int/fctc/cop/sessions/cop8/FCTC_COP8(22).pdf)
- [10] World Health Organization (2003) WHO Framework Convention on Tobacco Control. Genf, Schweiz, <http://whqlibdoc.who.int/publications/2003/9241591013.pdf>
- [11] WHO Framework Convention on Tobacco Control (2014) Guidelines for implementation of Article 6. Price and tax measures to reduce the demand for tobacco. Adopted by the Conference of the Parties at its sixth session (Decision FCTC/COP6(5)), [http://www.who.int/fctc/treaty\\_instruments/Guidelines\\_article\\_6.pdf](http://www.who.int/fctc/treaty_instruments/Guidelines_article_6.pdf)
- [12] National Academies of Sciences, Engineering and Medicine (2018) Public health consequences of e-cigarettes. The National Academics Press, Washington, D.C.
- [13] Deutsches Krebsforschungszentrum (2020) E-Zigaretten und Tabakerhitzer – ein Überblick. [https://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/sonstVeroeffentlichungen/2020\\_E-Zigaretten-und-Tabakerhitzer-Ueberblick.pdf](https://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/sonstVeroeffentlichungen/2020_E-Zigaretten-und-Tabakerhitzer-Ueberblick.pdf)
- [14] Stephens WE (2018) Comparing the cancer potencies of emissions from vapourised nicotine products including e-cigarettes with those of tobacco smoke. Tobacco Control 27: 10-17
- [15] World Health Organization (2020) Electronic nicotine and non-nicotine delivery systems: a brief. [https://www.euro.who.int/\\_data/assets/pdf\\_file/0009/443673/Electronic-nicotine-and-non-nicotine-delivery-systems-brief-eng.pdf](https://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0009/443673/Electronic-nicotine-and-non-nicotine-delivery-systems-brief-eng.pdf)
- [16] Mallock N, Böss L, Burk R, Danziger M, Welsch T, Hahn H et al. (2018) Levels of selected analytes in the emissions of “heat not burn” tobacco products that are relevant to assess human health risks. Archives of Toxicology 92: 2145-2149
- [17] Simonavicius E, McNeill A, Shahab L, Brose L (2019) Heat-not-burn tobacco products: a systematic literature review. Tobacco Control 28: 582-594
- [18] World Health Organization (2020) Heated tobacco systems: a brief. [https://www.euro.who.int/\\_data/assets/pdf\\_file/0008/443663/Heated-tobacco-products-brief-eng.pdf](https://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0008/443663/Heated-tobacco-products-brief-eng.pdf)
- [19] International Agency for Research on Cancer (2011) Effectiveness of tax and price policies for tobacco control (IARC Handbooks of Cancer Prevention: Tobacco Control. Volume 14). <https://publications.iarc.fr/publications/media/download/4018/05229a5e57f58b0bf51364dd0f3329d45c898839.pdf>
- [20] U.S. National Cancer Institute and World Health Organization (2016) The Economics of Tobacco and Tobacco Control. National Cancer Institute Tobacco Control Monograph 21. NIH Publication No. 16-CA-8029A. Bethesda, MD: U.S. Department of Health and Human Services, National Institutes of Health, National Cancer Institute; and Geneva, CH: World Health Organization
- [21] Chaloupka FJ, Sweanor D, Warner KE (2015) Differential Taxes for Differential Risks – Toward Reduced Harm from Nicotine-Yielding Products. New England Journal of Medicine 373: 594-597

- [22] Zheng Y, Zhen C, Dench D, Nonnemaker JD (2017) U.S. Demand for Tobacco Products in a System Framework. Health Economics 26: 1067-1068
- [23] Abouk R, Adams S, Feng B, Maclean JC, Pesko MF (2019) The effect of e-cigarette taxes on pre-pregnancy and prenatal smoking. NBER Working Paper 26126. <http://www.nber.org/papers/w26126>
- [24] Pesko MF, Courtemanche CJ, Maclean JC (2020) The effects of traditional cigarette and e-cigarette tax rates on adult tobacco product use. Journal of Risk and Uncertainty [im Druck]
- [25] Saffer H, Dench DL, Grossman M, Dave DM (2019) E-cigarettes and adult smoking: evidence from Minnesota. NBER Working Paper 26589. <https://www.nber.org/papers/w26589.pdf>
- [26] Deutsches Krebsforschungszentrum (2019) Deutliche Tabaksteuererhöhungen sind die wirksamste Maßnahme, um zum Nichtrauchen zu motivieren. [https://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/AdWfP/AdWfdP\\_2019\\_Tabaksteuererhoehungen\\_final.pdf](https://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/AdWfP/AdWfdP_2019_Tabaksteuererhoehungen_final.pdf)
- [27] Chaloupka FJ, Yurekli A, Fong GT (2012) Tobacco taxes as a tobacco control strategy. Tobacco Control 21: 172-80
- [28] Levy DT, Blackman K, Currie LM, Mons U (2013) Germany SimSmoke: the effect of tobacco control policies on future smoking prevalence and smoking-attributable deaths in Germany. Nicotine & Tobacco Research 15: 465-473
- [29] Gredner T, Niedermaier T, Brenner H, Mons U (2020) Impact of Tobacco Control Policies on Smoking-Related Cancer Incidence in Germany 2020 to 2050 – A Simulation Study. Cancer Epidemiology Biomarkers & Prevention 29: 1413-1422